

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Berlin

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum

„Nationalen Stipendienprogramm-Gesetz“

am 9. Juni 2010

Berlin, Paul-Löbe-Haus, Raum E 300

Stellungnahme

Nationales Stipendienprogramm

Der Vorstand des Stifterverbands hat sich auf seiner Sitzung am 21. Januar 2010 für die Einführung eines Nationalen Stipendienmodells ausgesprochen und Empfehlungen für dessen Ausgestaltung formuliert. Am 21. April 2010 hat das Kabinett einen Gesetzentwurf für ein „Nationales Stipendienprogramm“ verabschiedet, das viele der Stifterverbandsempfehlungen enthält.

Das Gesetz greift auf das nordrhein-westfälische Modell zurück, das bereits positiv erprobt worden ist. Es wählt zur Hebung von Begabungsreserven und zur Förderung von diversen Leistungsträgern unserer Gesellschaft einen zivilgesellschaftlichen Ansatz als PPP-Modell. Stipendien werden als dritte Säule der Studienfinanzierung neben BAFöG und Bildungskrediten aufgebaut.

Der Stifterverband hat drei Anforderungen an das „Nationale Stipendienprogramm“ gestellt. Das Programm muss 1. einfach und dezentral sein, es muss 2. individuelle Gestaltungsmöglichkeiten für private Akteure bieten und 3. schrittweise eingeführt werden. Der vom Kabinett am 21. April 2010 verabschiedete Gesetzentwurf erfüllt diese Empfehlungen des Stifterverbands größtenteils, aber nicht vollständig.

1. Einfach und dezentral

- Der Stifterverband begrüßt, dass das Kernstück des Stipendienprogramms die enge Kooperation der Hochschule mit ihren privaten Mittelgebern ist. Der dezentrale Ansatz ist richtig gewählt. Die Hochschulen sind für die Einwerbung von privaten Mitteln zuständig. Es erscheint allerdings sinnvoll, die Hochschulen bei dieser Aufgabe finanziell zu unterstützen. Dies ist bislang nicht vorgesehen.
- Die anteilige Förderung von Stipendien durch die öffentliche Hand in Form eines Matchings bietet interessante Möglichkeiten für Unternehmen und Hochschulen, bei der finanziellen Unterstützung von Studierenden verstärkt zusammenzuarbeiten. Die Aufstockung privater Mittel durch öffentliche Mittel schafft erhebliche Anreize für Unternehmen und Stiftungen, Stipendien einzurichten.
- Der Stifterverband begrüßt, dass die Stipendien nicht auf BAFöG-Leistungen angerechnet werden. Damit ist ausgeschlossen, dass private Gelder staatliche Gelder ersetzen. Stipendien kommen in voller Höhe bedürftigen Studierenden zu Gute.
- Der Gesetzentwurf sieht richtigerweise keine Fonds-Lösung vor. Regionale Ungleichgewichte, aber auch Ungleichgewichte zwischen unterschiedlichen Hochschulprofilen, lassen sich nicht völlig ausschließen, aber sie sollten erst einmal beobachtet und analysiert werden, wie es im Gesetz verankert wurde. Falls es Bedarf für Ausgleichsmechanismen geben sollte, ist ein solcher Ausgleich eine staatliche Aufgabe.

2. Individuelle Gestaltungsmöglichkeiten für private Akteure

- Der Stifterverband begrüßt es, dass private Akteure eine Zweckbindung für Fachrichtungen oder Studiengänge festlegen können. Es ist möglich, dass Stipendien eines bestimmten Mittelgebers als solche erkennbar sind und dass private Geldgeber und Stipendiaten mit-

einander in Kontakt treten. Ausgeschlossen sind direkte Gegenleistungen der Stipendiaten für den privaten Mittelgeber.

- Stipendienggeber können in Gremien einbezogen werden, die die Hochschulen bei der Ausgestaltung des Stipendienprogramms unterstützen und beraten. Es besteht keine Möglichkeit der Beteiligung des Stipendienggebers an der direkten Auswahl der Stipendiaten. Diese liegt in der alleinigen Verantwortung der Hochschule. Der Stifterverband fordert zumindest eine beratende Teilnahme privater Geldgeber am Auswahlprozess. Eine solche Möglichkeit dient letztlich auch den Hochschulen in der weiteren Fundraisingarbeit, deren Erfolg maßgeblich von der Qualität der Auswahlentscheidungen, der Transparenz der Verfahren für die Öffentlichkeit und die Förderer und nicht zuletzt von einer Professionalität in der „Spenderpflege“ bestimmt sein wird.

3. Schrittweise Einführung einer Stipendienkultur

- Das Nationale Stipendienprogramm will eine Stipendienkultur in Deutschland etablieren. Dieses Ziel ist richtig, da in Deutschland im internationalen Vergleich zu wenig private Gelder in die Studienfinanzierung investiert werden. Dazu ist das PPP-Modell ein guter – und nicht zuletzt für den Staat relativ risikoarmer – Ansatz.
- Im Gesetz ist allerdings anvisiert, in wenigen Jahren rund 160.000 Stipendien für 8 Prozent der Studierenden einzurichten. Diese Zielvorstellungen in der öffentlichen Diskussion sind überzogen und gefährden den Erfolg des Stipendienprogramms mit falschen Erwartungen. Das Gesetz berücksichtigt nicht, dass Unternehmen, Stiftungen und Privatpersonen Zeit benötigen, sich auf das neue Angebot einzustellen.
- Die im Gesetzentwurf anvisierten Kosten werden deutlich unterschätzt. Der von privaten Geldgebern erwartete Beitrag summiert sich auf jährlich rund 300 Mio. € an reinen Fördergeldern. Dazu kommen besonders in der Anfangsphase noch einmal Kosten für die Etablierung nachhaltiger Kooperationsmodelle und Begleitprogramme hinzu.

4. Nationales Stipendienprogramm – Fazit

- Da die Stipendien nach Leistung und Begabung vergeben werden, eröffnet sich für Unternehmen die Möglichkeit, bereits frühzeitig Kontakt zu leistungsstarken Studierenden aufzubauen.
- Unternehmen können das Stipendienprogramm als Form der Personalrekrutierung, als Instrument gegen Fachkräftemangel in ihrer Branche und als Teil der CSR-Aktivitäten des Unternehmens nutzen. Damit ist es für Unternehmen, aber mehr noch für Unternehmensstiftungen und -verbände interessant.
- Bestehende Stipendienprogramme von Stiftungen und Unternehmen werden sich nicht einfach in das neue Programm überführen lassen, da sie häufig im Kern auf der Auswahl der Stipendiaten durch die Geldgeber beruhen. Unternehmen und Stiftungen werden Aktivitäten im Rahmen des Nationalen Stipendienprogramms also langsam und sukzessive aufbauen und ihren bisherigen Programmen hinzufügen.
- Mit dem Fachkräftemangel, der sich nach den derzeitigen Prognosen bis 2020 verschärfen wird, wird das Stipendienprogramm langfristig für die Wirtschaft an Bedeutung gewinnen.